

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

**Erscheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postcheck-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandskassa Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis:** Die Gekuppelte Grundzeile (Zm. Mofse 14) oder deren Raum 120 Wz., örtliche Anzeigen 80 Wz. Im Textteil (Zm. Mofse 14) 300 Wz., die Gekuppelte Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. Amtliche Anzeigen die Gekuppelte Zeile 240 Wz. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 250.

Dienstag, den 25. Oktober 1921

76. Jahrgang.

## Rücktritt der Reichsregierung.

Das Kabinett Wirth ist endlich zurückgetreten und aus eigener Überzeugung legt es Befehl ab, daß es mit seiner Politik des Vertrauens auf die humane Bestimmung der Alliierten, auf die internationale Gerechtigkeit, auf Achtung der von den Feinden selbst verkündeten Ideale Schiffbruch gelitten hat. Auch Dr. Wirth und seine Kabinettskollegen glauben nicht an die Möglichkeit, daß nicht alldeutsche, reaktionäre oder sonstige gescholtene Kreise Deutschlands dem jüngsten Berliner Kurs den Todesstoß verfechten, sondern die Raub- und Vernichtungspolitik der Feinde, die den Krieg gegen unser Volk trotz Waffenstillstand und Friedensschluß fortsetzen. Damit ist eine historische Wendung in der deutschen Politik dokumentarisch bezeugt, denn jetzt sind außer den die Katastrophe anstrebenden Feinden der Republik keine Parteien in Deutschland mehr vorhanden, die nach dem Dogma der Versöhnungspolitik und des Vertrauens auf Entgegenkommen der Feinde predigen können. Das Rücktrittschreiben des Dr. Wirth ist das Patag pectus, das nie mehr aus der Welt zu schaffen sein wird.

Die Alliierten sollten es als Warnungssignal betrachten und werten. Die Zeit des internationalen Fortwärtseins geht zu Ende, und der Wille zum Frieden wird überall gewaltig gebrochen. Will man in London, Paris, Rom, Tokio, Washington, Prag, Warschau, Belgrad, Bukarest wirklich eine neue, noch entsetzlichere Katastrophe?

### Der Rücktrittsbefehl.

Berlin, 22. Oktober. (W.L.B.) Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten heute abend 7 Uhr die Demission des Kabinetts mit folgendem Schreiben überreicht:

Herr Reichspräsident!

In schwerer Stunde hatte sich das gegenwärtige Kabinett entschlossen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatums zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es eine Politik geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ersten Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Barbetrag von 1 1/2 Mrd. Goldmark zum 31. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Entwaffnung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Beziehung der Ruhrhäfen restlos aufgehoben und hinsichtlich Oberschlesiens eine Lösung gefunden würde, welche dem Rechtsempfinden des deutschen Volkes und der Oberbefehle sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspräche.

Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch welches nicht nur weite Flächen des ober-schlesischen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weitaus überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Verarbeitungsmähten der deutschen Heimat entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem klaren Ergebnis der Abstimmung unter Fremdherrschaft fallen. Niemand wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es wehrlos hinnehmen muß, verschmerzen.

Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch vollkommen klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schließliche Diktat sich erheblich vermindert haben, und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist.

In Würdigung dieser Tatsachen hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr Reichspräsident, zurückzugeben.

In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzuteilen.

gez.: Dr. Wirth.

In die Überreichung der Demission schloß sich eine längere Aussprache über die politische Lage an, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler ermahnte, mit den übrigen Reichsministern die Geschäfte zunächst weiterzuführen. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden. Der Reichspräsident wird morgen vormittag den Reichspräsidenten des Reichstages und die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen der bisherigen Koalitionsparteien zu Einzelbesprechungen empfangen.

### Das Kabinett Wirth

wurde nach dem am 4. Mai 1921 erfolgten Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach am 10. Mai gebildet. Es waren in ihm vertreten die Zentrumsmitglieder Dr. Wirth, Giesberts, Dr. Hermes, Dr. Breuer, die Demokraten Schiffer, Gröner, Dr. Gehler, Dr. Rathenau und die Reichssozialisten Bauer, Robert Schmidt, Dr. Gradnauer. Als Außenminister trat später noch Dr. Rosen, der frühere Gesandte in Haag, in die Regierung ein. Das Kabinett Wirth hat demnach reichlich fünf Monate amtiert.

### Die große Koalition?

Berlin, 23. Oktober. Im Laufe des heutigen Sonntags haben Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern und eine Reihe Fraktionsberatungen sowie interfraktionelle Besprechungen stattgefunden. Wie verlautet, sind die Bestrebungen, die große Koalition doch noch zustande zu bringen, noch nicht fallen gelassen worden. Insbesondere ist das auf die Initiative des Reichspräsidenten über selbst zurückzuführen, der in den Besprechungen mit den Parteiführern das größte Gewicht darauf legt, daß nach Möglichkeit durch gegenseitige Konzessionen eine gemeinsame Grundlage gefunden werden möge. Daraufhin ist man auch in der Deutschen Volkspartei in Erwägungen darüber eingetreten, ob nicht die Möglichkeit besteht, zwischen dem Beschluß der Demokraten, der bekanntlich unter Protest gegen die Grenzlinie einen Abgesandten zu den polnischen Verhandlungen delegieren wollte, und dem Beschluß der Deutschen Volkspartei, die sowohl gegen die Grenzlinie als gegen die Verhandlungen mit Polen Verwahrung einlegten, eine mittlere Linie gefunden werden kann. Versuche darüber sind noch nicht gemacht worden. Wenn sich eine solche Einigung ermöglichen lassen könnte, wäre vielleicht auch damit zu rechnen, daß die Sozialdemokratie sich auf den gleichen Boden stellt. Ein Ergebnis dieser Besprechungen ist jedoch im Augenblick noch nicht zu erkennen.

Bereits gestern, kurz nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Wirth, ist der Plan aufgetaucht, den zurücktretenden Reichskanzler wieder mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen. Wie die National-Zeitung mitteilt, ist bekannt, daß Reichspräsident Ebert sich für eine Wiederbetraung Dr. Wirths einsetzt und daß der sozialdemokratischen Partei die nachmalige Kanzlerschaft Wirths sehr erwünscht wäre. Dem stehen jedoch die Ansichten, wie wir bereits mitteilten, eines großen Teiles der Demokraten und zahlreicher Zentrumsmitglieder ablehnend gegenüber. Die ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei ist ja bekannt.

Berlin, 24. Oktober. (Drahtber.) Zu den gestrigen Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichspräsidenten, die noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben, meldet die Berliner Mittagspost: Die Demokraten beharren auf ihrem Standpunkt, sich an keiner Neubildung der Regierung auf der bisherigen Grundlage beteiligen zu wollen. Sie wollen sich nur an einer Kabinettsbildung auf breiterer Grundlage beteiligen. Der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei steht aber die Tatsache entgegen, daß diese an ihrem Fraktionsbeschlusse festhält, die Entsendung eines Reichskommissars zu den deutsch-polnischen Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen betr. Oberschlesiens abzulehnen. Der Plan, nur ein Kabinett aus Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie zu bilden, würde den Widerstand des Zentrums finden. So bliebe, wie das Blatt schreibt, nur der Ausweg übrig, ein Geschäftsministerium zu bilden, wenn nicht ein Umsturz bei der Deutschen Volkspartei die Lage zur Lösung der Krisis hoffnungsvoller machen würde. In Kreisen der Deutschen Volkspartei war der Gedanke vertreten, bei der Stellungnahme zu dem Genfer Beschluß, das wirtschaftliche Moment vom politischen Moment zu trennen.

## Das neue Abenteuer Karls von Habsburg.

Wie wir bereits in unserer Sonntagsausgabe meldeten, ist Karl von Habsburg in Ungarn eingetroffen. Er ist unter Bruch des der schweizerischen Regierung gegebenen Wortes am Freitag nachmittag 1/2 Uhr im Flugzeug in Dödenburg eingetroffen und unternimmt damit zum zweiten Male den Versuch, den Thron zurückzugewinnen, und nicht nur Ungarn und die angrenzenden Staaten, sondern auch das übrige Europa in einen Zustand neuer Verwirrung zu bringen, denn es scheint, als ob der heutige Versuch einerseits Natur ist, als der am 16. März von Steinamanger aus angelegte und so kläglich gescheiterte Putschversuch. Die Rückkehr Karls von Habsburg steht zweifellos im Zusammenhang mit der westungarischen Bewegung. Mit den Banden, die dort wohlbewaffnet umherziehen, und vielleicht gerade Waffen und Sold von den Karlisten erhalten, hofft Karl seine ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen und nicht nur Budapest, sondern vielleicht auch Wien wieder unter seinzepter zu bringen. In beiden Hauptstädten ist die Beunruhigung über das neue Vorgehen Karls gleich groß. Die Großdeutsche Zeitung Wiener Mittag weiß zu melden, daß der französische Ministerpräsident Briand die Zustimmung zur Rückkehr Karls von Habsburg davon abhängig gemacht habe, daß Ungarn der Kleinen Entente beitrete und daß das ungarische Heer unter französischer Befehl gestellt würde. Auch bei dem Märzputsche wurde von einer stillschweigenden Zustimmung einflussreicher französischer Kreise gesprochen. Die Beziehungen des Hauses Parma-Bourbon zu französischen Politikern sind ja schon seit langem bekannt und es ist klar, daß sie auch diesmal wieder alle Einflüsse haben sollen lassen, um wenigstens ein Vaissé faire der französischen Regierung durchzusetzen. Das Budapest Kabinett Horthy scheint aber nicht gewillt zu sein, den Plänen Karls diesmal entgegenzukommen wie früher. Es hat sich deshalb in Westungarn ein kartistisches Kabinett Andrássy-Rakowsky gebildet. Erst die nächsten Tage können eine Klärung der Lage bringen.

### Karls Abflug aus der Schweiz.

Bern, 22. Oktober. Über den Wegflug des Flugzeuges aus Dödenburg erfährt die Schweiz. Dep.-Agentur folgende Einzelheiten: Bei der Ad-Astra-Gesellschaft wurden am Mittwoch vier Billets für einen Flug nach Genf und zurück bestellt. Die Billets wurden bezahlt und für den Flug der Suterapparat BH 59 bestimmt. Am Donnerstag kurz nach 12 Uhr mittags erfolgte die Abfahrt. Das Flugzeug wurde aber nicht von vier, sondern von fünf Personen bestiegen, die in zwei Automobilen angefahren waren. Die Gesellschaft der Passagiere waren nicht zu erkennen, da sie eingeklinkt waren. Der Pilot ist ein Ausländer namens Zimmermann, der von der Deutschen Flugzeuggesellschaft den Auftrag erhalten hatte, in Dödenburg so lange zu verbleiben, bis die Ad-Astra-Gesellschaft den Apparat übernommen habe. Seit der Abfahrt aus Dödenburg bis heute mittag fehlt der Ad-Astra-Gesellschaft jede Nachricht über den Verbleib ihres Flugzeuges. Sie hat daher diese Angelegenheit jetzt dem eidgenössischen Flugzeugamt gemeldet.

### Karls Abschiedsbrief an den Schweizer Bundespräsidenten.

Paris, 23. Oktober. Karl richtete vor seiner Flucht einen Brief an den Schweizer Bundespräsidenten Schulthess, der aber erst gestern nachmittag gegen 3 Uhr übergeben wurde. Darin drückte er seine Bedauerns aus über die Verlegenheit, die er der Schweiz bereite. Er empfiehlt seine Kinder dem Schutze der Schweizer Behörden und erklärt, dem dringenden Ruf seines Landes nicht länger widerstehen zu dürfen. Der Bundespräsident erklärte Sauerwein, man werde Karl niemals mehr den Zutritt auf Schweizer Boden gestatten, da er sein Wort gebrochen habe. Wegen seiner Familie wurden die notwendigen Maßnahmen getroffen. Es sei ganz unzulässig, daß Karl sich in solchem Grade über die Schweiz lustig mache.

### Vor Budapest wird gekämpft.

Wien, 23. Oktober. Karl von Habsburg ist mit den Dödenburger Truppen in Stärke von drei Divisionen am Sonnabend nachmittag bis einige Kilometer östlich von Raab gekommen und verbrachte die Nacht in der Nähe von Komorn in der Ortschaft Ucs. Die Garnison von Raab schloß sich zwar dem König an, aber vorher war es den Regie-